

Übersichten

Außenpolitik

*⁽¹⁾

China - USA: häufigere Treffen und Konsultationen vereinbart

Trotz fortbestehender Meinungsverschiedenheiten haben sich China und die Vereinigten Staaten auf effizientere Gesprächskontakte, vor allem aber auf regelmäßige gegenseitige Staatsbesuche geeinigt. Dieses Ergebnis wurde vom amerikanischen Sicherheitsberater Anthony Lake mit der chinesischen Führung in Beijing ausgehandelt. Immer wieder ist es im amerikanisch-chinesischen Verhältnis der vergangenen Monate ja um Fragen gegangen, die den verbesserten Zugang für amerikanische Waren zum chinesischen Markt, die Menschenrechtsproblematik, den WTO-Beitritt Chinas und Probleme der Nichtweiterverbreitung von Atomwaffen betreffen. (XNA, 9.7.96)

Clinton und Jiang Zemin werden möglicherweise bereits im November auf dem Gipfeltreffen der APEC in Manila zusammenkommen. Auch das Taiwan-Thema soll dann erneut erörtert werden.

Künftige Treffen auf höchster Ebene sollen zu "mehr Sicherheit, Stabilität und Vorhersehbarkeit" führen.

Es herrscht also wieder Tauwetter in den chinesisch-amerikanischen Beziehungen, nachdem noch vor wenigen Monaten ein Handelskrieg drohte und beide Seiten auf eine militärische Konfrontation in der Straße von Taiwan zuzusteuern schienen.

Tauwetter braucht Clinton nicht zuletzt im Hinblick auf die im November bevorstehenden Wahlen.

Clintons Sicherheitsberater war der höchste amerikanische Besucher, der nach China kam, seit 1994 Außenminister Christopher und Verteidigungsminister Perry sowie im Oktober 1995 noch einmal Handelsminister Brown in Beijing vorgespochen hatten.

Seit dem Besuch des taiwanesischen Präsidenten Li Denghui in den USA und der "Affäre Harry Wu", seit dem "Test" chinesischer Langstreckenraketen in der Taiwanstraße, seit der (angeblichen) chinesischen Lieferung von Raketen und Material an Pakistan und Iran, nicht zuletzt aber auch seit dem militärischen Aufmarsch Chinas in der Taiwan-Straße im März 1996 war zwischen beiden Seiten nur noch wenig gelaufen. -we-

*⁽²⁾

China und ASEAN: eine "Neue Phase der Entwicklung"?

Bereits im Vorfeld der bisherigen (29.) ASEAN-Ministerkonferenz hatten die 7 Mitgliedsstaaten Brunei, Indonesien, Malaysia, die Philippinen, Singapur, Thailand und Vietnam beschlossen, die VR China nicht mehr nur als "Konsultativpartner", sondern als "vollen Dialogpartner" zu allen künftigen Beratungen hinzuzuziehen. (XNA, 5.7.96)

Dialogpartner gleichen Rangs sollten überdies noch Indien und Rußland sein - ergänzend zu den bisherigen Dialogpartnern Australien, Kanada, der EU, Japan, Neuseeland, der Republik Korea und den USA.

Die drei neuen Dialogpartner wurden möglicherweise auch deshalb hinzuoptiert, weil es mittlerweile zwischen der ASEAN und der EU sowie den USA zu einer Reihe von Konflikten gekommen war, bei deren Lösung sich die ASEAN-Staaten Schützenhilfe u.a. von China versprachen.

So ging es beispielsweise um die Frage der Einbeziehung von WTO-Sozialstandards bei der nächsten WTO-Konferenz in Singapur im Dezember 1996. Etwas betroffen nahmen die ASEAN-Außenminister zur Kenntnis, daß die westlichen Staaten die Frage von Mindestlöhnen, von Mindestarbeitszeiten und von Kinderarbeits-Verboten bei der nächsten WTO-Tagung thematisieren wollten. Setzten sich solche Vorstellungen durch, so müßten viele Fabriken in bereits "teurer" gewordenen ASEAN-

Ländern wie Singapur und Malaysia ihre Pforten schließen und Wettbewerbsvorteile an Vietnam und andere "billigere" Länder weitergeben.

Eine zweite Streitfrage war der Beschluß, Myanmar/Birma an der ASEAN zu beteiligen. Die meisten westlichen Staaten drängten demgegenüber darauf, das repressive Militärregime in Myanmar auszuschließen und es mit einem Wirtschaftsboykott zu bekämpfen. Malaysia reagierte in diesem Zusammenhang mit einem "Heuchelei"-Vorwurf: der Westen könne nicht einerseits das wirtschaftliche unbedeutende Birma bekämpfen, während es gleichzeitig das starke China hofiere.

Mitte Juli fanden dann die drei mittlerweile bereits fest "ingerasteten" Veranstaltungen statt, nämlich zunächst das traditionelle zweitägige (Außen)-"Ministertreffen" der 7 Mitgliedsstaaten und der 4 "Beobachter" (Kambodscha, Laos, Myanmar und Papua-Neuguinea) am 20. und 21. Juli, anschließend - nach einem eintägigen "Ruhetag" - das ARF (ASEAN Regional Forum) am 23. Juli und schließlich die PMC (Post Ministerial Conference) am 24. und 25. Juli. Beim ARF handelt es sich um ein 1993 in Singapur beschlossenes Forum, bei dem in konsultativer Manier - und ohne jede Schärfe und Gesichtsverlust - Sicherheitsfragen diskutiert werden sollen. 1994 wurde das ARF zum ersten Mal, 1996 zum dritten Mal abgehalten. Teilnehmer waren die 7 ASEAN-Staaten, die 10 "Dialogpartner" (diesmal also Australien, China, die EU, Indien, Japan, Kanada, Neuseeland, Rußland, Südkorea und die USA) sowie die 4 bereits genannten "Beobachter".

Die PMC wurde ebenfalls von den 7 ASEAN Mitgliedern, den 10 Dialogpartnern und den vier Beobachtern bestritten.

Dieses Treffen "im Dreierpack" fand diesmal in Jakarta statt. Zum Glück für die indonesischen Teilnehmer kam es erst nach dem Abschluß der Konferenzen zu den mittlerweile bekannten Straßenkämpfen in der indonesischen Hauptstadt.

Der erste Teil der Konferenz schloß mit einem 21-Punkte-Kommuniqué, in dem nicht nur Fragen der Zusammenarbeit, sondern auch der Konflikte in Korea, in Mittelost, in Bosnien, darüber hinaus aber auch die Lage der NAM (Non-Aligned Movement), der Süd-Süd-Kor-

poration und die Durchführung des NNPT (Nuclear Non-Proliferation-Treaty) angesprochen werden. Im Hinblick auf die Lage im Südchinesischen Meer hieß es, daß die Spannungen dort anhielten, daß man sich aber weiter um Entspannungsschritte bemühen wolle. Vor allem das neue ASEAN-Mitglied Vietnam dürfte an einer solchen Erklärung interessiert gewesen sein!

Beim ARF hob der chinesische Außenminister Qian Qichen 4 Punkte hervor: die verstärkte wirtschaftliche Zusammenarbeit in der Region habe ein solides Fundament für die regionale Sicherheit gelegt. Chinas Handelsvolumen mit den ASEAN-Ländern habe in den vergangenen Jahren einen jährlichen Zuwachs um 20% aufgewiesen. 1995 habe es sich auf immerhin schon 20 Mrd. US\$ belaufen - ein Anstieg von 41,8% gegenüber 1994; die ASEAN sei damit zum sechstgrößten Handelspartner der VRCh geworden. (XNA, 22. und 24.7.96) Zweitens stärke auch die Zunahme des intraregionalen Handels die Sicherheit. Drittens gebe es in der Region nicht mehr länger eine Situation des Kalten Kriegs und viertens seien eventuell auftauchende Konflikte bisher schnell wieder durch Dialog und Verhandlungen entschärft worden. (XNA, 24.7.96) Man müsse daran arbeiten, daß diese Tendenzen sich noch verstärkten.

Am 24. Juli kam es auch zu einem "China-ASEAN-Dialogtreffen". (XNA, 24.7.96) Darüber hinaus wurden ein "China-ASEAN-Joint Economic and Trade Committee" und ein "China-ASEAN Scientific and Technological Committee" gegründet. (XNA, 25.7.96) China hofft, mit all diesen Aktivitäten gegenüber der ASEAN "die Tür zum 21. Jh." aufgestoßen zu haben. (Ebd.)

Bereits im Vorfeld der Dreierkonferenz hatte die ASEAN ein Ansinnen Beijings zurückgewiesen, nochmals ein Dokument zu unterzeichnen, das die "Ein-China-Politik" der ASEAN erneut bestätige. -we-

*(3)

Die Palette der Reizthemen im chinesischn-japanischen Verhältnis

Obwohl Japan nach wie vor der mit Abstand führende Handelspartner der VR China ist, kommt es im Bereich der Politik immer wieder zu Auseinandersetzungen und Reibungen. Vor allem im

Berichtszeitraum sind fast all die bekannten Reizthemen erneut zur Sprache gekommen, angefangen von der Taiwan-, der Weltkriegs-, der Yasukuni- und der Diaoyutai-Frage auf chinesischer bis hin zu den Nukleartest- und Aufrüstungsvorwürfen Japans auf der anderen Seite.

- Taiwan:

Immer wieder verdächtigt China die japanische Führung, das Verhältnis zu Taiwan ungebührlich aufzuwerten. Am 10. Juli sah sich die VRCh-Regierung veranlaßt, Tokyo ausdrücklich nochmals davor zu warnen, den Präsidenten Taiwans, Li Denghui, nach Japan einzuladen. (Kyodo in SWB, 11.7.96)

- Weltkriegsfragen:

Gerade im August, wenn wieder einmal die Kapitulation Japans i.J. 1945 gefeiert wird, werden die alten Erinnerungen an den Zweiten Weltkrieg wachgerufen, sei es nun, daß das Thema der Ermordung von Millionen chinesischer Staatsbürger, der medizinischen Experimente an gefangenen Chinesen, der "Trostfrauen" und dergleichen diskutiert oder daß wieder einmal - und zwar von Nichtregierungsorganen - an Japan Forderungen auf Kriegsentschädigung erhoben werden. In einer neueren Dokumentation über die japanischen Kriegsverbrechen heißt es, daß in den acht Jahren zwischen 1937 und 1945 nicht weniger als 35 Mio. Chinesen "getötet oder verwundet" wurden und daß sich die Wirtschaftsschäden Chinas auf 560 Mrd. US\$ belaufen hätten. (XNA, 11.7.96)

Am 10. Mai 1994 hatte der damalige japanische Ministerpräsident Tsutomu Hata dem chinesischen Ministerpräsidenten Li Peng gegenüber bekanntlich eine Entschuldigung für die japanischen Greuel während des Zweiten Weltkriegs ausgesprochen.

Im November 1994 hatte die Tageszeitung *China Day* von Experimenten an chinesischen Gefangenen in Südchina während des Zweiten Weltkriegs berichtet. Schätzungen gingen dabei von 3.000 bis 20.000 Getöteten aus: in den Labors seien den Gefangenen krankheitserregende Bakterien injiziert worden, um dadurch Erkenntnisse über biologische Waffen zu gewinnen. (FAZ und SZ, 24.11.94)

- Yasukuni:

Am 29. Juli besuchte der japanische Ministerpräsident Hashimoto den Yasukuni-Schrein in Tokyo, der zu Ehren der japanischen Kriegstoten, darunter

aber auch der japanischen Kriegsschwerverbrecher - errichtet worden ist. Zwar bezeichnete Hashimoto seinen Besuch als privat; doch dies hinderte China nicht, offiziell gegen diesen Besuch - wie schon so oft bei ähnlichen Gelegenheiten vorher - erneut zu protestieren. (Radio Beijing in SWB, 6.7.96)

Hashimoto gehört aus chinesischer Sicht offensichtlich zu den Unverbesserlichen: schon während seiner Amtszeit als Handels- und Industrieminister hatte er im Oktober 1994 die Tatsache japanischer Kriegsverbrechen in Asien geleugnet, mußte sich dafür dann allerdings öffentlich entschuldigen. (Kyodo in SWB, 1.11.94)

- Diaoyutai:

Auch die Frage der Diaoyutai (japanisch: Senkaku)-Insel kam wieder einmal zur Sprache. Es handelt sich hier um ein Eiland, das zwischen China und Japan nach wie vor umstritten ist. (XNA, 24.7.96)

- Aufrüstungsklagen Japans gegenüber China:

Am 19. Juli gab die "Verteidigungsagentur" in Tokyo ihren jährlichen Bericht heraus, in dem "ernsthafte Sorgen" angesichts der steigenden chinesischen Aufrüstung geäußert werden. (Kyodo in SWB, 20.7.96) 1996 seien die Ausgaben der VR China um 11%, in den vergangenen 8 Jahren jeweils um 10% aufgestockt worden. Obwohl die russischen Truppen in der Zwischenzeit reduziert würden, entstehe angesichts dieser chinesischen Aufrüstung erneute Unsicherheit in der asiatisch-pazifischen Region, heißt es.

- Atomtestfrage:

Nachdem China in Lop Nor am 8. Juni seinen 44. unterirdischen Atomtest durchgeführt hatte, protestierten sowohl das japanische Parlament als auch die japanische Regierung. Bei der Atomtestfrage handelt es sich um eine überaus heikle Angelegenheit, da Japan nicht nur gegen eine weitere nukleare Aufrüstung in China eintritt, sondern überdies auch - im Hinblick auf Hiroshima und Nagasaki - nukleare Abrüstung überhaupt fordert. Bereits beim 43. Versuch hatte Tokyo die bis dahin zugesagte Entwicklungshilfe eingestellt. -we-

*(4)

Wiederannäherung an Nordkorea?

Am 11. Juli wurden in Beijing von der "Chinesisch-(nord)koreanischen Freundschaftsgesellschaft" Feiern an-

läßlich des 35. Jahrestages der Unterzeichnung des "Chinesisch-koreanischen Vertrags über Freundschaft, Zusammenarbeit und gegenseitige Unterstützung" abgehalten. (XNA, 11.57.96) Beide "Völker" seien auch weiterhin entschlossen, eng zusammenzuarbeiten und sich gegenseitig zu unterstützen, hieß es.

Gleichzeitig gab ein Sprecher des Ministeriums für Außenhandel in Beijing bekannt, daß China den Nordkoreanern 100.000 t Nahrungsmittel zur Verfügung stelle, um Hungersnöte, wie sie nach den sommerlichen Überschwemmungskatastrophen zu befürchten seien, abzuwenden.

Nachdem es im Gefolge der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen Beijing und (dem südkoreanischen) Seoul i.J. 1992 zu Spannungen zwischen Pjöngjang und Beijing gekommen war, können die beiden oben beschriebenen Gesten durchaus als Versuch Beijings gedeutet werden, sich den Nordkoreanern wieder stärker anzunähern.

Gründe für diesen Wiederannäherungswunsch gibt es viele: Erstens möchte Beijing seinen jahrzehntelangen Einfluß auf den nordkoreanischen Partner nicht völlig verlieren, insbesondere nicht zu einem Zeitpunkt, da dieser im Begriff ist, möglicherweise eigene Atombomben zu entwickeln, zweitens will Beijing verhindern, daß womöglich Tausende von halbverhungerten Nordkoreanern auf nordchinesisches Gebiet fliehen, und drittens hat Nordkorea mittlerweile mit der Taiwan-Karte zu spielen begonnen. Taiwan hat Lieferungen von 200.000 t Getreide für den Fall in Aussicht gestellt, daß Nordkorea neue Beziehungen zu Taiwan entwickelt. (Dazu die Hongkonger *Hsinpao*, 19.7.96, S. 15, SWB, 20.7.96) Viertens mag auf chinesischer Seite der Wunsch mitspielen, Pjöngjang gegen Seoul auszuspielen, nachdem es mittlerweile zu Streitigkeiten zwischen der VRCh und Südkorea (über Fischereifragen im Gelben Meer sowie über Handels- und Kreditkonditionen) gekommen ist. Außerdem sind Südkorea und die USA darin übereingekommen, an Nordkorea keine Wirtschaftshilfe zu gewähren, solange sich dieses nicht auf Vier-Parteiengespräche (zwischen den beiden Koreas, den USA und China) einläßt. Fünftens aber ist China offensichtlich an einer Beibehaltung des Status quo in Korea, d.h. also an der Teilung des Landes, interessiert, da ein geteiltes Korea den

Vorstellungen Beijings leichter gefügig zu machen ist, als ein einheitliches Korea.

Die Wiederannäherung zwischen Beijing und Pjöngjang stößt allerdings auch auf Grenzen. Beijing drängt Nordkorea zu Wirtschaftsreformen, da das Land ohne einen grundlegenden Wandel nicht aus der wirtschaftlichen Misere herauskommen könne. Der (immer noch inoffizielle) Nachfolger Kim Il Sungs, Kim Jong Il, bezeichnet ein solches Umschwenken zur Marktwirtschaft jedoch als Verrat am Sozialismus. Es ist ihm damit um so ernster, als eine breite Gegnerschaft in Nordkorea gegen den "Sohn" ebenfalls für Wirtschaftsreformen plädiert - und die Reformfrage damit in den Mittelpunkt eines Machtkampfes geraten ist. Berichte über einen Hungersnot in Nordkorea lassen Reformüberlegungen allerdings als unumgänglich erscheinen. Anfang Juli lief ein nordkoreanischer Luftwaffenoffizier namens Choi Seung Chan nach Südkorea über, indem er die Demarkationslinie nachts überquerte. Choi berichtete, er habe in der Stadt Chaesong 30 unterernährte Menschen sterben sehen. Manche Eltern töteten ihre Kinder, um sich anschließend aus Verzweiflung über die aussichtslose Lage selber das Leben zu nehmen. Ein anderer Flüchtling, der über den Yalu-Fluß nach China gekommen war, berichtete, Diebe würden aus Gründen der Abschreckung öffentlich exekutiert. (Bericht dazu in NZZ, 13./14.7.96)

Statt in dieser Situation mit den Nachbarn Gespräche aufzunehmen, riegelt sich Nordkorea noch stärker als bisher ab. Deshalb führten Seouls Versuche, den seit Jahren versandeten Dialog neu zu beleben, zu keinem Erfolg. Auch Tokyo blieb mit allen Gesprächsangeboten ohne Antwort.

Immerhin hat Nordkorea auf den Druck Washingtons reagiert und am 11. Juli 1996 mit den USA drei Protokolle unterzeichnet, die den Weg zur Lieferung eines Leichtwasserreaktors an Pjöngjang ebnen. Im Gegenzug will das kommunistische Land dafür seine graphit-moderierten Atomreaktoren aufgeben, mit denen es auch atomwaffentaugliches Plutonium hätte herstellen können. Protokolle wurden in New York im Büro der Dachorganisation Kedo unterzeichnet, die von den USA, Südkorea und Japan eigens zu diesem Zweck gegründet worden ist. Die Kedo liefert Pjöngjang den neuen Reaktor. Zur

Verhinderung von Energieengpässen erhält Nordkorea bis zur Fertigstellung des Reaktors Öl. Die Internationale Atomenergieagentur in Wien wird kontinuierlich die verbrauchten Brennstäbe der alten Reaktoren Nordkoreas überprüfen.

In Gespräche mit Südkorea oder Japan will Nordkorea möglicherweise auch deshalb nicht eintreten, weil es zu arm ist, um sich irgendwelche Käufe leisten zu können - und weil es zu stolz ist, dies zuzugeben. Das einzige, was für Nordkorea akzeptabel erscheint, sind Schenkungen, nachdem sogar der Außenhandel mit dem wichtigsten Handelspartner, nämlich China, mittlerweile fast zusammengebrochen, während der Handel zwischen der VRCh und Südkorea nach wie vor im Anstieg begriffen ist: von 1993 auf 1994 wuchs er um 42,5%, von 1994 auf 1995 um fast 60%. Darüber hinaus kam es zur Gründung zahlreicher Freundschaftsgesellschaften und - 1994 - auch zur Begründung einer Städtefreundschaft zwischen Beijing und Seoul. Überdies hatte der südkoreanische Präsident Kim Young Sam 1994 die VRCh und umgekehrt der chinesische Staatspräsident Jiang Zemin 1994 Südkorea besucht, während politisch zur gleichen Zeit zwischen Nordkorea und China kaum etwas lief. Mitte 1994 gab es zwar Pläne, daß Kim Jong Il möglicherweise Beijing besuche. (Yonhap in SWB, 29.8.94) Daraus ist bisher jedoch nichts geworden. Höchst irritierend für Nordkorea sprach China sich auch mehrere Male "verwundert" über die innerkoreanischen Führungsverhältnisse aus, so z.B. Außenminister Qian Qichen im August 1994 gegenüber einem japanischen Besucher. (Kyodo in SWB, 26.8.94) Bekanntlich war der frühere Staats- und Parteichef Kim Il Sung im Juli 1994 gestorben, ohne daß es seitdem zu einer klaren Regelung in der Nachfolgefrage gekommen wäre. In diesem Zusammenhang kam das Gerücht auf, Kim Il Sung habe den chinesischen Ministerpräsidenten Li Peng gebeten, im Falle seines Todes doch ein Auge auf seinen Sohn Kim Jong Il zu haben. (CNA, Taipei, in SWB, 25.7.95) Dazu freilich sollte der chinesische Ministerpräsident keine Chance bekommen. Kim Jong Il war offensichtlich allzu mißtrauisch. Nicht einmal die Beerdigung Kim Il Sungs wurde in Präsenz ausländischer Gäste - chinesischer Gäste ganz zu schweigen - vorgenommen. Die chinesische Führung mußte sich darauf beschränken, ihre Kondolenz in der nordkoreanischen Botschaft in Beijing zu erweisen. Im-

merhin war China noch einen Tag vor der öffentlichen Bekanntgabe des Todes Kim Il Sung vorab über das Ableben des "Großen Führers" informiert worden. -we-

*(5)

Beijing wendet sich gegen eine "Politik der doppelten Anerkennung" durch Südafrika

Anfang Juli betonte der südafrikanische Präsident Nelson Mandela, daß Südafrika an einer möglichst schnellen Aufnahme der diplomatischen Beziehungen zur VR China interessiert sei, daß es deshalb aber die bestehenden diplomatischen Beziehungen zu Taibei nicht aufgeben wolle. Südafrika ist das größte der insgesamt 31 Länder, die nach wie vor Taiwan diplomatisch anerkennen.

Mandela wies darauf hin, daß China und Taiwan ihre Probleme selbst lösen sollten und daß es für Südafrika nicht akzeptabel sei, wenn innerchinesische Probleme nach außen verlagert würden. "Resolve your problems. Don't expect us to", sagte er. (SCMP, 5.7.96)

Der Sprecher des chinesischen Außenministeriums, Cui Tiankai, reagierte darauf mit einer scharfen Stellungnahme. Wenn Südafrika noch Zeit brauche, um mit sich und mit seiner China-Politik ins reine zu kommen, dann müsse man ihm diese Zeit lassen; doch könne man von China wohl nicht allen Ernstes erwarten, daß es eine Politik der doppelten Anerkennung akzeptiere - weder jetzt noch in Zukunft. (XNA in SWB, 6.7.96) U.a. ließ die VRCh Südafrika inzwischen auch wissen, daß sie im Falle einer Aufnahme normaler Beziehungen sogleich 50 Mio. US\$ in Südafrika investieren wolle, daß aber eine Weigerung Pretorias dazu führen könne, daß in Zukunft möglicherweise auch der Außenhandel Hongkongs mit Südafrika (nach dem 31. Juli 1997) erheblich leiden könne. -we-

*(6)

China will sich nicht an die Sanktionen gegen Libyen und den Iran halten

Am 25. Juli benannten die USA, Großbritannien und Frankreich 8 Länder, welche die UNO-Sanktionen gegen Libyen nicht voll anwendeten. Die Beschwerde war in einem Brief an einen Unterausschuß des UNO-Sicherheitsrates enthalten, der die Einhaltung der nach dem Lockerbie-Attentat verhäng-

ten Sanktionen gegen Libyen überwacht. Sechs der acht beschuldigten Länder hätten das Personal in der jeweiligen libyischen Botschaft aufstocken lassen, obwohl es eigentlich hätte verringert werden müssen. Unter den Ländern befanden sich Mali, die Zentralafrikanische Republik, Libanon, Tschad, Jemen - und die VR China.

Am 18. Juli forderte China, daß die UNO die Sanktionen gegen Libyen möglichst bald wieder aufheben möge. Damit schloß sich China einer kurz vorher gefaßten Resolution der OAU sowie der Arabischen Liga an. (XNA in SWB, 19.7.96)

Auch an dem von den USA gegen den Iran betriebenen Embargo will die VR China sich nicht beteiligen. -we-

*(7)

Erneut Bauchschmerzen mit Tibet

Nachdem es bereits Mitte Juni zu einer Erklärung des deutschen Bundestages gekommen war, die Beijings Tibet-Politik verurteilte (vgl. dazu C.a. 1996/6, S. 598 ff.), hat es mittlerweile weitere Schwierigkeiten mit Großbritannien und mit Norwegen gegeben. Am 8. Juli warnte die VRCh das britische Parlament davor, den Dalai Lama, wie geplant, am 16. Juli vor dem "House of Commons" sprechen zu lassen.

Kritisiert wurde weiterhin der Auftritt des Dalai Lama vor Vertretern des Tibetausschusses des Londoner Unterhauses. Dadurch würden die Beziehungen zwischen Großbritannien und China belastet und die "Gefühle des chinesischen Volkes verletzt".

Ungeachtet dessen aber kam es nicht nur zu einem mehrtägigen Besuch des 61jährigen Nobelpreisträgers, sondern auch zu den angekündigten Auftritten vor dem Parlament und nicht zuletzt auch zu einem Zusammentreffen mit dem britischen Außenminister Malcolm Rifkind. (XNA, 16. und 17.7.96)

Auch bei der merkwürdig "durchsprengelten" Tour des chinesischen Staatspräsidenten Jiang Zemin durch 6 Länder, nämlich Spanien, Norwegen, Rumänien, Usbekistan, Kirgistan und Kasachstan, kam es in Norwegen zu kritischen Anmerkungen über die Tibet-Politik Beijings. Überall in Norwegen bekannt wurde die Geschichte eines Soldaten der Königlichen Wache, der sich weigerte, an der Begrüßungsmusik für Jiang Zemin mitzuwirken. -we-

*(8)

Neuer Reiserekord chinesischer Spitzenpolitiker ins Ausland

Im ersten Halbjahr 1996 hätten die Auslandsreisen chinesischer Spitzenpolitiker einen neuen Höhepunkt erreicht, betont Xinhua. (XNA, 2.7.96) Staatspräsident Jiang Zemin besuchte im Juni und Juli sechs Länder Europas und Zentralasiens, nämlich Spanien, Norwegen, Rumänien, Usbekistan, Kirgistan und Kasachstan. Ministerpräsident Li Peng nahm Ende Juni 1996 am VIII. Parteitag der KPV in Hanoi teil, reiste außerdem nach Frankreich (dazu C.a., 1996/5, Ü 1) und beteiligte sich überdies am 1. März 1996 am ASEM, d.h. dem ersten Asien-Europa-Gipfeltreffen in Bangkok. (C.a., 1996/2, S. 159-161) Der Vorsitzende des Ständigen Ausschusses des NVK, Qiao Shi, reiste nach Kuba, Griechenland und Kanada, der Stellvertretende Ministerpräsident und "Wirtschaftspapst", Zhu Rongji, nach Indonesien, Malaysia und Thailand.

Im Gegenzug kamen aus allen fünf Kontinenten nicht weniger als 20 Staats- und Regierungsoberhäupter, nämlich aus Sri Lanka, Ghana, Guinea, Kasachstan, Kirgistan, Tadschikistan, Palästina, der Mongolei, Libanon, Nepal und Thailand sowie aus Finnland und Slowenien, von der EU und der ASEAN, nicht zuletzt aber aus Rußland: der Besuch Boris Jelzins (dazu C.a. 1996/4, Ü 1) eröffnete Wege zur "gemeinsamen Zukunft im 21. Jahrhundert". Das alte "Kalte-Kriegs-Denken" sei spätestens seit dieser Visite durch einen neuen Typ der Beziehungen des Verhältnisses zwischen China und Rußland ersetzt worden.

Dies alles zeige, daß China sich seiner internationalen Verpflichtungen sehr wohl bewußt sei. -we-

*(9)

Streit um den erneuten chinesischen Nukleartest

Am 29. Juli 1996 führte die VR China ihren 45. Nukleartest durch und gab gleichzeitig eine Erklärung heraus, daß sie sich vom 30. Juli 1996 an an das Moratorium für Nukleartests halten wolle. China habe in Genf stets aktiv an einem CTBT (Comprehensive Test Ban Treaty) mitgearbeitet und halte die Einstellung von Nukleartests für einen wichtigen Schritt in Richtung auf die nukleare Abrüstung. Für die Zukunft sollen folgende 5 Punkte gelten:

(1) Große Nuklearwaffenstaaten sollten ihre Politik der nuklearen Abschreckung aufgeben und ihre Nuklearröcklager drastisch reduzieren. (2) Sämtliche Nuklearmächte sollten die Erklärung abgeben, daß sie niemals als erste Atomwaffen einsetzen wollten. (3) Nuklearwaffen außerhalb der eigenen Grenzen sollten zurückgezogen werden und außerdem solle jedermann die Errichtung von nuklearwaffenfreien Zonen unterstützen. (4) Kein Land solle damit beginnen, Weltraumwaffen oder aber Raketenabwehrsysteme zu entwickeln, die die strategische Sicherheit und Stabilität erneut beeinträchtigen könnten. (5) Eine internationale Konvention über das vollständige Verbot und die vollständige Vernichtung von Atomwaffen solle geschlossen werden. (XNA in SWB, 30.7.96)

China sei bereit, nun einen Vertrag über das Verbot von Nukleartests zu unterzeichnen. (XNA, 5.7.96)

Auch wolle China Schritte unternehmen, um möglichst bald ein weltweites Verbot von Chemiewaffen durchzusetzen. (XNA, 25.7.96)

Dem chinesischen Test waren Proteste zahlreicher Nachbarstaaten, vor allem Japans, Australiens und Neuseelands, gefolgt.

Da China bereits zu Beginn des Jahres 1996 hatte wissen lassen, daß es noch zwei Tests durchführen wolle, ehe es zum Moratorium übergehe, hatte die Umweltorganisation Greenpeace angekündigt, sie werde ein Protestschiff nach Shanghai entsenden. Mit der weithin sichtbaren Aufschrift "Stop Bombing Lop Nor" machte sich das Schiff am 12. Juni auf die Reise in Richtung Yangzi-Mündung, wurde dort aber am 13. Juni von chinesischen Marinestreitkräften abgefangen und aufgefordert, die chinesischen Hoheitsgewässer wieder zu verlassen. Die chinesischen Beamten benahmen sich höflich und begrüßten die 32 Greenpeace-Aktivisten aus 16 Nationen per Händedruck. Es wurde keine Gewalt angewendet und nirgends auch waren Waffen sichtbar. Die Aufforderung lautete: "Bitte stellen Sie diesen illegalen Akt ein und verlassen Sie wieder unsere Hoheitsgewässer. Sie verletzen internationales Recht."

Offensichtlich wollten die Chinesen ein Kontrastbeispiel zu den Vorgaben der französischen Marine setzen, die 1995 mit Gewalt gegen ein Greenpeace-Schiff vorgegangen war, das vor dem Muru-

roa-Atoll aufgekreuzt war, um gegen die französischen Tests zu protestieren. (SCMP, 12. und 16.6.96) Nachdem das Schiff zurückgewiesen worden war, fuhr es nach Hongkong weiter. Allerdings weigerte sich der Hongkonger Gouverneur, Chris Patten, einer Einladung der Besatzung zu folgen und an Bord zu kommen. Patten, der ohnehin seine liebe Not mit den Chinesen hat, wollte die Chinesen offensichtlich nicht noch ein weiteres Mal provozieren. -we-

*(10)

In Zukunft kein Englisch mehr bei den Pressekonferenzen des Außenministeriums

Am 2. Juli 1996 gab ein Sprecher des Außenministeriums bekannt, daß in Zukunft bei den wöchentlich zweimal stattfindenden Pressekonferenzen - beginnend ab September - kein Englisch mehr verwendet werde. "Wenn Sie künftig Fragen stellen wollen, so tun Sie dies ab 1. September bitte in Chinesisch".

Bisher wurden die Pressekonferenzen für die Vertreter aus 38 Ländern zweisprachig gegeben.

Englisch solle in Zukunft jedoch nicht mehr verwendet werden, damit die "Arbeitseffizienz" erhöht werde, hieß es. Auch die Pressekonferenzen des US State Departement in Washington würden ja ausschließlich in Englisch geführt. Chinesisch sei i.ü. eine der Arbeitssprachen der UNO.

Die 80 Korrespondenten ausländischer Medien, die sich bisher hauptsächlich auf ihre Englisch-Kenntnisse verlassen konnten, müssen sich in Zukunft also anstrengen! (SCMP, 3.7.96) -we-

Innenpolitik

*(11)

75 Jahre KPCh: Internationaler Sozialismus "auf einem Tiefpunkt", aber KPCh hat "wieder Fuß gefaßt"

Des 75. Jahrestages der Gründung der Kommunistischen Partei Chinas (KPCh) am 1. Juli wurde in ganz China mit Feierstunden und Gratulationskampagnen, aber ohne Pomp gedacht: Die

Parteiührung hielt nationale Jubelkundgebungen angesichts des fragilen Zustands der Parteiorganisation offenbar nicht für angebracht.

Im Vergleich zu den zahllosen offiziellen Beiträgen in den Medien, die die Rolle der KPCh beim Aufbau des modernen China mehr oder weniger routiniert priesen, fiel eine emotional bewegte Rede des Ministerpräsidenten aus dem Rahmen. Li Peng hielt sich am 1. Juli im Kohlenrevier Shuangyashan in der Provinz Heilongjiang auf, um den Gründungstag der KPCh mit der dortigen Parteibasis und ausgewählten Modellarbeitern zu begehen. (RMRB, 2.7.96)

Li Peng stellte seiner Gedenktagsrede einige persönliche Erinnerungen voran und nahm Bezug auf seinen zwei Jahre währenden Aufenthalt in der Provinzhauptstadt Harbin zur Zeit des Bürgerkrieges: Er, Li, empfinde seit jener Zeit für die "schwarze Erde" dieser Region tiefe Gefühle und sei beeindruckt von den Fortschritten, die diese Region gemacht habe. Lis Bekenntnis zu Nordostchina, das wegen seines schwerindustriellen und staatswirtschaftlichen Erbes eine schwere Krise durchmacht, verdeutlicht, für wen Li Pengs Herz schlägt und wo er in China die wahre sozialistische Tradition verkörpert sieht: im Nordosten, nicht an der Südostküste.

Die Perspektiven des Sozialismus und der Kommunistischen Partei in China charakterisierte Li Peng mit politischem Zweckoptimismus:

"Das Unternehmen des internationalen Sozialismus befindet sich gegenwärtig auf einem Tiefpunkt (*chuyu dichao*). Warum kann dann das Unternehmen des chinesischen Sozialismus so florieren? Entscheidend ist, daß die KPCh die allgemeine Wahrheit des Marxismus-Leninismus mit der chinesischen revolutionären Praxis kombiniert hat... In der Geschichte unserer Partei hat es auch Fehlleistungen gegeben; die Partei hat vorübergehende Rückschläge und Niederlagen hinnehmen müssen. Aber wir haben uns nicht von diesen Schwierigkeiten überwältigen lassen. Dadurch, daß wir beständig unsere Erfahrungen verarbeiteten und Lehren daraus zogen, haben wir die Schwierigkeiten überwunden und wieder Fuß gefaßt ... Unsere Partei hat die Entschlossenheit, die Zuversicht und die Fähigkeit, die [vor uns liegenden] Probleme zu lösen und Schwierigkeiten zu meistern...".